



- [Teilen](#)
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Aktuelle Meldung

Konstruktive Fortsetzung des Runden Tisches „Zuwanderung Gesundheits- und Pflegeberufe“

24.01.2024

Regierungspräsidentin Susanne Bay: „Gemeinsam wollen wir dafür Sorge tragen, dass wir noch besser werden bei der Anerkennung der Gesundheitsberufe“



xyz+ - stock.adobe.com

Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha: „Weitere wichtige Maßnahmen zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren aufs Gleis gesetzt“

Staatssekretär Siegfried Lorek: „Es ist gut, dass wir bei diesem wichtigen Thema im ständigen Austausch miteinander stehen“

Die Beschleunigung der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse im ärztlichen und pflegerischen Bereich, insbesondere durch die Digitalisierung, standen im Vordergrund des 2. Runden Tisches „Zuwanderung Gesundheits- und Pflegeberufe“, der Anfang dieser Woche in Stuttgart stattfand.

„Mit Blick auf den großen Bedarf an Fachkräften im Gesundheitssektor müssen wir alles tun, um die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu beschleunigen und zu vereinfachen, ohne aber die Patientensicherheit zu vernachlässigen. Ein wichtiger Baustein ist dabei die Digitalisierung der Antragstellung und Antragsbearbeitung“, betonte Sozialminister Manne Lucha.

Lucha verwies auch auf die bereits erfolgreich umgesetzten Maßnahmen aus dem vom Sozialministerium und Regierungspräsidium Stuttgart durchgeführten Evaluierungs- und Optimierungsprozess, der das Anerkennungsverfahren bereits erheblich verbessert hat. Die Optimierung der internen Prozesse sei jedoch ein stetiger Prozess, der fortlaufend betrieben werden müsse.

Siegfried Lorek, Staatssekretär im Ministerium der Justiz und für Migration, betonte die Bedeutung schneller und effizienter Verfahren bei allen an der Fachkräftezuwanderung beteiligten Stellen für eine erfolgreiche Personalgewinnung: „Alle Beteiligten auf allen Ebenen müssen an einem Strang ziehen, damit eine zügige Einreise der dringend benötigten Kräfte gelingt. Es ist gut, dass wir bei diesem wichtigen Thema im ständigen Austausch miteinander stehen, denn es sind viele unterschiedliche Stellschrauben, an denen gedreht werden muss.“

Neben Optimierungen beim Anerkennungsverfahren hat das Regierungspräsidium Stuttgart, das zentral für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Gesundheitsbereich in Baden-Württemberg zuständig ist, temporär sieben zusätzliche Kräfte in Teilzeit für die Unterstützung bei der Antragsbearbeitung gewinnen können, um die große Zahl von Anträgen – die 2023 im Vergleich mit 2022 um rund 60 Prozent gestiegen ist – auf Anerkennung einer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation schnellstmöglich bearbeiten zu können. Hinzu kommen temporär drei Personen, die aus dem Sozialministerium ans Regierungspräsidium Stuttgart abgeordnet werden.

„Eine zügige Anerkennung ist uns wichtig. Durch Optimierungen sowie gezielte Informationsmaßnahmen hat sich die Antragsqualität verbessert. Dennoch kommen immer noch rund 60 Prozent der Anträge unvollständig an, was die Bearbeitungszeit verlängert“, sagte Regierungspräsidentin Susanne Bay. Gleichzeitig betonte Bay: „Mit der aktuellen Situation können wir noch nicht zufrieden sein und müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass wir sie verbessern. Neben fortlaufenden Optimierungs- und Vernetzungsprozessen braucht es noch mehr Digitalisierung und mehr dauerhaftes Personal, um den hohen Antragszahlen gerecht werden zu können.“

Bislang konnten mit dem Projekt des Sozialministeriums „Deutschsprachkurse im Ausland zur Gewinnung ausländischer Pflegekräfte im Rahmen von Triple Win“ bereits 111 Pflegefachkräfte an Arbeitgeber in Baden-Württemberg vermittelt werden. Gemeinsam mit der Regionaldirektion Baden-Württemberg hat das Sozialministerium vereinbart, die Projektlaufzeit bis 31. Dezember 2024 zu verlängern, um weitere Pflegefachkräfte für Einrichtungen in Baden-Württemberg zu gewinnen.

Angesichts des hohen Bedarfs an Fachkräften im Gesundheits- und Pflegebereich ist es notwendig, sich zu den dringendsten Fragen auf höchster Ebene auszutauschen und Lösungsansätze zu diskutieren. Daher soll der Runde Tisch im Laufe dieses Jahres fortgesetzt werden.

Bereits im Juli 2023 sind erstmals Vertreterinnen und Vertreter des Regierungspräsidiums Stuttgart, der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, der baden-württembergischen Krankenhausgesellschaft, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Landesärztekammer, dem Landespflegerat und dem Landkreis- und Städtetag auf Einladung des Sozial- und Justizministeriums zusammengekommen, um sich über die bestehenden Herausforderungen, Ideen und Vorhaben im Bereich der Zuwanderung in die Gesundheitsberufe auszutauschen sowie Lösungsansätze zu diskutieren.

Quellen:

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg

Kategorie:

Aktuelle Meldung Abteilung 9 Gesundheit Regierungspräsidentin